

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Andreas Winhart

Abg. Dr. Marcel Huber

Abg. Christina Haubrich

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Dr. Simone Strohmayer

Abg. Raimund Swoboda

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe zur Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)

COVID-19-Subventionsbetrug in Kliniken lückenlos aufklären (Drs. 18/16398)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Andreas Winhart von der AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Nachdem die CSU und ihr Anhängsel uns heute bekanntlich mit einem Dringlichkeitsantrag verschont haben, haben wir jetzt dank der AfD die Möglichkeit, mal ein bisschen die Missstände und Verfehlungen des Staates Söder zu beleuchten. Wenn man über die Corona-Maßnahmen diskutiert, kommt es mir manchmal so vor, als wären diese so etwas wie ein Test, wie kritisch oder obrigkeitshörig die Bevölkerung ist.

Fassen wir einmal kurz zusammen, was so in der letzten Zeit passiert ist. Im Januar 2020 kommt Corona zu uns nach Bayern, und Bundesminister Spahn erklärt, dass das nicht recht viel schlimmer als eine Grippe ist. Der Bayerische Rundfunk erklärt fast zeitgleich am gleichen Abend in der Sendung "quer", dass Corona-Maßnahmen wie zum Beispiel Grenzschließungen eher die Fantasie von Rechtspopulisten oder von Verschwörungstheoretikern seien. Nach der Kommunalwahl im März schlug dann die Stunde der Verschwörungspraktiker: Die Grenzschließungen und der erste Lockdown kamen. Das war dann aber auch der Zeitpunkt, zu dem unsere CSU-SpezIn allmählich begonnen haben, lukrative Maskendeals abzuschließen.

Das zog sich dann über den Sommer hin. Jens Spahn erklärte beispielsweise, dass Friseursalons nie wieder geschlossen werden sollen. Anfang November mit dem Vier-

Wochen-Wellenbrecher-Lockdown – der eine oder andere mag sich noch erinnern – war es dann aber auch schon wieder so weit.

Was haben all diese Lockdown-Maßnahmen, die wir in der letzten Zeit, in den letzten Monaten über uns ergehen lassen durften, gemeinsam? – Richtig: Sie wurden mit den hohen Inzidenzwerten und der hohen Auslastung der Intensivbetten begründet. Welche Situation haben wir heute? – In Deutschland haben wir einen Intensivbetten-Skandal. Deutschlands auflagenstärkste und berühmteste Tageszeitung hat es in fetten Buchstaben gedruckt: Intensivbetten-Lüge.

Hätten Sie einmal rechtzeitig auf die AfD gehört, meine Damen und Herren, beispielsweise am 24. Februar 2021, als mein Kollege Roland Magerl hier am Rednerpult festgestellt hat, dass bei den Intensivbetten eben einiges im Argen liegt. Es war Ihre Debatte über Ihren Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 18/13928 – damals haben Sie ja noch welche gestellt – mit dem verheißungsvollen Titel "Wirtschaftliche Situation der bayerischen Krankenhäuser im Blick behalten [...]". Die AfD hat damals als einzige Fraktion in diesem Landtag die Zustimmung verweigert; alle anderen haben brav mitgemacht. Es wurde eben nicht im Blick behalten, wie die wirtschaftliche Situation ist oder wie sich die Kliniken bei uns in Bayern verhalten.

Wir durften gestern in der "Bild"-Zeitung in deren Online-Ausgabe lesen, dass im Landkreis Schwandorf im November über Nacht trotz gleichbleibender Belegung hufenweise Intensivbetten quasi verschwunden sind. Es gilt jetzt, schnell und umfassend zu prüfen, inwiefern die Staatsregierung bereits vor den Recherchen der Presse diese unlauteren Praktiken zur Kenntnis genommen hatte, ob das Handeln wissentlich übersehen wurde, vertuscht oder gar befördert wurde. Hierzu ist es unerlässlich, dass der Bayerische Landtag in seiner Funktion als Volksvertretung diese Rolle aktiv wahrnimmt und die Staatsregierung in ihrem Handeln kontrolliert.

Der Landtag muss mit Sorge die Vermutungen des Bundesrechnungshofs und die Erkenntnisse von Prof. Dr. Schrappe zur Kenntnis nehmen, dass die Belegung der Inten-

sivstationen während der Corona-Pandemie unter Umständen manipuliert gewesen sein könnte. Ferner ist es selbstverständlich, durch den Landtag festzustellen, dass das Verhalten der Krankenhausgesellschaften zu verurteilen ist, welche die eigenen monetären Interessen über die Interessen der Patienten und das Gemeinwohl gestellt haben. Wenn Krankenhausvorstände ihre Boni im Kopf haben, meine Damen und Herren, und dabei zu unlauteren Mitteln greifen oder vielleicht sogar dazu animiert werden, sollten sie sich in einer anderen Branche bewerben, aber bitte künftig die Finger von unserem öffentlichen Gesundheitssystem lassen.

Aber es gibt noch mehr, die sich bekanntlich mehr um sich selbst kümmern. Im Internet war während der Zeit, als die Presse so etwas aufdeckte, zu lesen, dass Herr Aiwanger und Herr Blume sich über Medien und Facebook lieber darüber streiten, welche Fraktion der anderen im Bundestagswahlkampf vielleicht die Stimmen wegnimmt. Gleichzeitig wundert sich der Bürger in Bayern, ob die Herren in der Koalition überhaupt noch in Bayern anwesend sind oder längst geistig in Berlin angekommen sind.

Unser Dringlichkeitsantrag, meine Damen und Herren, enthält nichts anderes als die Forderung nach hundert Prozent Transparenz und hundert Prozent Aufklärung für unser Bayern und seine Bürger und vor allem für seine Steuerzahler. Alle, welche die wirtschaftliche Situation der bayerischen Krankenhäuser im Blick behalten wollen, auch die Kollegen der CSU und ihre Anhängsel, die sicherlich nichts zu verbergen haben, wie ich vermute, dürfen sich heute gerne dem AfD-Antrag durch Zustimmung anschließen. – Vielen herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Nächster Redner ist der Kollege Dr. Marcel Huber von der CSU-Fraktion. Herr Huber, bitte schön.

Dr. Marcel Huber (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Die AfD prangert Missstände im Staate Söder an und bezieht sich jetzt mit Sorge auf Vermutungen des Bundesrechnungshofs und auf Erkenntnisse von Prof. Dr. Matthias Schrappe. Die

AfD verweist auch noch auf eine andere wichtige Quelle, nämlich die "Bild"-Zeitung", übersieht aber, dass es sich bisher um reine Mutmaßungen handelt, die auch nicht dadurch plausibler werden, dass sie ein Herr Prof. Schrappe kundtut, der in Fachkreisen sehr umstritten ist. Ich darf an dieser Stelle noch anmerken: Man muss wissen, dass die Erkenntnisse von Herrn Prof. Schrappe starke Kritik erfahren haben und im Nachhinein von den Verfassern in zentralen Punkten relativiert und angepasst werden mussten.

Klarstellend muss ich auch noch anmerken – Sie haben das so in den Raum gestellt –: Entgegen der Darstellung in Ihrem Antrag hat der Bundesrechnungshof in seinem Bericht keinerlei Vermutungen bezüglich einer Manipulation der Belegungsdaten angestellt, sondern erhebliche Fehlanreize durch die Gestaltung der Voraussetzungen für die Ausgleichszahlungen angeprangert und auch empfohlen, die Voraussetzungen der Ausgleichszahlungen im Falle einer Verlängerung oder späteren Wiedereinführung gesetzlich zu schärfen. Wenn man sich dies vor Augen führt, merkt man, dass es sich in keiner Weise um konkrete Belege für bewusste Falschmeldungen der Krankenhäuser handelt, sondern um reine Mutmaßungen.

Nachdem aber – das muss man dazu auch noch wissen – die Mittel aus der Liquiditätsreserve des Bundesgesundheitsfonds kommen, hat sich der Bundesrechnungshof bereits mit dieser Thematik befasst und einen entsprechenden Bericht über die Verwendung der Mittel an den Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages gegeben. Ich frage mich nun, was jetzt die bayerischen Behörden, zum Beispiel der Bayerische Oberste Rechnungshof, zusätzlich noch an Erkenntnissen gewinnen können, wenn sich schon der Bundesrechnungshof damit befasst hat. Im Übrigen möchte ich schon bemerken: Der Oberste Rechnungshof in Bayern genießt richterliche Unabhängigkeit und bestimmt selbst, welche Angelegenheiten er einer Prüfung unterzieht.

Dass also gerade jetzt dieser Antrag von Ihnen kommt, halte ich für bezeichnend. Sie haben die Seuche von Anfang an verharmlost und haben die Bekämpfungsmaßnahmen ständig in Zweifel gezogen. Ich möchte an dieser Stelle ganz klar konstatieren:

Faktum ist: Die vorsichtige und konsequente Politik der Pandemiebekämpfung und die Prophylaxe der Bayerischen Staatsregierung haben in diesem Land Tausenden Menschen das Leben gerettet. Ein Blick in andere Länder, die es so gemacht haben, wie Sie uns immer sagen, dass wir es machen sollen, zeigt, dass es dort nicht besser ist.

Entscheidendes Element dieser aktiven Lebensrettung war und ist bis zum jetzigen Augenblick das System der Krankenhäuser und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Gerade in dieser Sekunde kämpfen noch immer Pflegerinnen und Pfleger, Ärztinnen und Ärzte, aber eben auch Krankenhausverwaltungen um das Leben von Menschen. Dass jetzt genau die Partei der Verharmlosung der Pandemie die Krankenhäuser, die in dieser Pandemie so Großartiges und fast Übermenschliches geleistet haben, mit einer Vermutung unter Generalverdacht stellt, ist fast zynisch. Sollte es wirklich zu Unregelmäßigkeiten im Umgang mit Bundesgeldern gekommen sein, muss das natürlich geklärt werden. Dazu braucht es aber keinen Antrag der AfD. Sorge auszudrücken und Fehlverhalten zu verurteilen, hilft auch nichts. Deswegen werden wir den Antrag ablehnen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Abgeordnete Andreas Winhart von der AfD-Fraktion gemeldet.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kollegen! Sehr geehrter Herr Kollege Huber, wir haben in unserem Dringlichkeitsantrag, den Sie sicherlich gelesen haben, unter Punkt 3 d stehen, dass mögliche Manipulationen zu härteren Einschränkungen des öffentlichen Lebens geführt haben, als dies notwendig gewesen wäre. Es stellt sich die Frage, ob die Staatsregierung bei ihren Entscheidungen falschen Zahlen auf den Leim gegangen ist.

Wir haben heute schon viel über Zahlen diskutiert. Beispielsweise hat Kollege Prof. Piazzolo heute zum Besten gegeben, dass eine Inzidenz von null nicht gleich eine Inzidenz von null bedeutet. Das heißt, es könnten vielleicht noch Fälle vorhanden sein, von denen er gar nichts weiß. Ich stelle Ihnen jetzt zwei konkrete Fragen: Erstens.

Haben Sie nicht den Verdacht, dass diese DIVI-Zahlen falsch sind? Auch der Kollege aus der Staatskanzlei konnte heute nicht sagen, was die Quellen sind. Zweitens. Teilen Sie die Einschätzung von Herrn Piazzolo? – Bei der Koalition muss man heute schon ein bisschen nachfragen, wie einhellig diese Meinung ist. Teilen Sie diese Meinung, –

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Andreas Winhart (AfD): – dass eine Inzidenz von null nicht einer Inzidenz von null entspricht?

Dr. Marcel Huber (CSU): Den zweiten Teil habe ich, ehrlich gesagt, nicht verstanden. Zu den Zahlen: Diese Zahlen beruhen auf der Meldung durch die Ministerien. Eine Nachprüfung ist sicherlich noch möglich. Es ist aber mit Sicherheit nicht hilfreich, wenn Sie die Basis von Zahlen hinterfragen, wenn es Ihnen um die Aufklärung von Subventionsbetrug geht. Die zuständigen Behörden, die der Sache nachgehen, werden sich darüber informieren, was tatsächlich an Meldungen vorhanden gewesen ist und was tatsächlich an Zahlungen ergangen ist. Ich verlasse mich auf die Behörden, die sich damit befassen. Eine Grundsatzdebatte über eine Inzidenz null führt uns an dieser Stelle wirklich nicht weiter.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Christina Haubrich vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Christina Haubrich (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Denken wir noch einmal ganz kurz an den Anfang der Pandemie zurück. Da gab es überhaupt noch kein deutschlandweites Register zur Erfassung und Abbildung von Kapazitäten der Intensivmedizin. Das hat die DIVI in kürzester Zeit etabliert. Und ja, dabei wurde nicht immer die reale Situation erfasst, wie die DIVI auch

selbst sagt. Am Anfang gab es noch nicht einmal eine klare Definition, wann ein Intensivbett ein Intensivbett ist. Erst später wurde klargestellt, dass nur ein Bett, für das ärztliche und auch Pflegeversorgung gewährleistet ist, als Bett gezählt werden kann.

Natürlich muss transparent aufgeklärt werden, ob es Kliniken gab, die mehr Ausgleichszahlungen bekommen haben, als sie hätten bekommen sollen. So hat das auch der Bundesrechnungshof dargelegt. Der Bundesgesundheitsminister hat da noch viel zu erklären. Das Bundesgesundheitsministerium hätte sich stärker darum bemühen müssen, im Laufe der Pandemie mehr Transparenz bezüglich der tatsächlichen Kapazitäten der Krankenhäuser herzustellen und zielführende Anreize zu schaffen.

Auch über die langfristige Krankenhausfinanzierung gäbe es sehr viel zu sagen. Sie verdrehen hier aber wieder einmal alles und stellen Infektionsschutzmaßnahmen in Frage, die zweifellos Leben gerettet haben. Zum einen basieren viele Maßnahmen, wie wir alle wissen, auf dem Inzidenzwert, nicht auf der Zahl der belegten Krankenhausbetten. Zum anderen kennen wir doch alle die Berichte der Intensivmediziner*innen und Intensivpfleger*innen, die bis an und oft auch über ihre Belastungsgrenze hinaus gearbeitet haben. Sie haben in dieser Pandemie Unglaubliches geleistet und schwierigste Herausforderungen unter enormer psychischer, aber auch körperlicher Belastung bewältigt. Unsere Wertschätzung für ihre Arbeit bedeutet auch, dass wir die Verantwortung dafür übernehmen, dass eine komplette Überlastung des Gesundheitssystems verhindert wird. Dies war, wie Sie alle wissen, in vielen anderen Ländern der Fall. Dafür waren effektive Maßnahmen notwendig. Daran kann doch nun wirklich kein Zweifel bestehen.

Wir haben fast 90.000 Menschen verloren, und Tausende, Zehntausende Menschen leiden unter Long COVID. Das sollten wir nicht vergessen. Statt einer konstruktiven Aufarbeitung der Fehler, die in den letzten 15 Monaten gemacht wurden und aus denen wir lernen sollten, kritisieren Sie, dass in der Pandemie auf die Intensiv- und auf die Notfallmediziner dieses Landes gehört wurde. Das ist an Absurdität wirklich nicht mehr zu übertreffen. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön. – Vor dem nächsten Redner gebe ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmungen bekannt. Zunächst ging es um den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Alexander Muthmann, Julika Sandt und anderer und Fraktion (FDP) betreffend "Sofortige Korrektur des 'Rahmenkonzepts Sport'", Drucksache 18/16396. Mit Ja haben 44 gestimmt, mit Nein haben 59 gestimmt, Stimmenthaltungen: 2. – Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Nun zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Harald Güller, Diana Stachowitz und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "'Rahmenkonzept Sport' unverzüglich überarbeiten – die Kompetenz des Sports nutzen!", Drucksache 18/16421. Mit Ja haben 46 gestimmt, mit Nein haben 60 gestimmt, Stimmenthaltungen: 1. – Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Ich komme nun zum nächsten Redner in der aktuellen Debatte, das ist Herr Abgeordneter Bernhard Pohl von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Dr. Marcel Huber hat eigentlich alles gesagt. Somit bleibt mir nur zu sagen, in Anlehnung an Ihren Antrag: Ich nehme mit Sorge zur Kenntnis, dass Sie Anträge auf dünner Tatsachengrundlage und auf Vermutungen basiert stellen. Ich rege an, dass Sie das zukünftig unterlassen. Verurteilen tut nicht der Bayerische Landtag, sondern ein Gericht aufgrund staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen, und der Oberste Rechnungshof ist ein unabhängiges Verfassungsorgan, das unsere Belehrung nicht braucht. Wir lehnen den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Herr Pohl, wir haben noch eine Zwischenbemerkung. Sie war trotz der kurzen Rede rechtzeitig da. Es ist eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Winhart von der AfD.

Andreas Winhart (AfD): Herr Pohl, da wollten Sie sich heute aber etwas schnell aus dem Staub machen. Ich hätte noch eine Nachfrage, und zwar ähnlich wie bei Herrn Huber. Unser Antrag beinhaltet unter anderem die Aussage, dass mögliche Manipulationen zu härteren Einschränkungen des öffentlichen Lebens geführt haben. Das hat Ihre Partei, Ihre Fraktion in der Staatsregierung mitgetragen. Sie haben diese Einschränkungen auf der Basis der Inzidenzzahlen sowie der hohen Auslastung an Intensivbetten mitgetragen. Wenn jetzt die Zahl der Intensivbetten nicht gepasst hat, dann sind Sie denen auf den Leim gegangen. Sehen Sie diese Gefahr nicht? Wollen Sie das auch weiterhin so herunterspielen?

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wir machen uns weder aus dem Staub, noch gehen wir irgendjemandem auf den Leim. Die Logik, die Sie hier vortragen, ist Ihre eigene. Wir folgen dieser Logik nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke schön, Herr Pohl. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Antrag setzen die Verfasser auf Vermutungen und stellen alle Krankenhäuser und Intensivstationen unter Generalverdacht des Subventionsbetrugs. Diesen Antrag können wir nicht mittragen.

Vielmehr möchte ich heute die Gelegenheit nutzen, um hier noch einmal Danke zu sagen an alle, die in den vergangenen Monaten in unseren Krankenhäusern, auf unseren Intensivstationen, weit über ihre eigenen Kapazitäten hinaus gearbeitet haben und Menschenleben retten konnten. Das war eine großartige Leistung.

(Beifall)

Den Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin Dr. Strohmayr, kommen Sie bitte noch einmal ans Rednerpult. Trotz Ihrer kurzen Redezeit kam noch in Sekundenschnelle eine Wortmeldung für eine Intervention von Herrn Abgeordneten Swoboda.

Raimund Swoboda (fraktionslos): Sehr geehrte Frau Dr. Strohmayr, Sie vertreten hier die SPD, die um jede Wählerstimme kämpft. Glauben Sie nicht auch, dass es ein wenig schämlich und schändlich ist, dass Sie sich hier einfach so vom Acker machen und zur Gretchenfrage, ob Sie Schwindel in der staatlichen oder der privaten Verwaltung von Krankenhäusern bei der Erlangung von Sonderzuschlägen für Intensivbetten durch ein Heraufreden der Belegungszahl durch die Hintertür unterstützen, keine Stellung nehmen? Diesen Antrag der AfD kann man nur unterstützen; denn Schwindel darf es nirgendwo geben, auch nicht im Parlament.

(Beifall bei der AfD)

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Inhaltlich ist zu dem Antrag alles gesagt worden. Ich denke, wir müssen die Debatte hier nicht unnötig verlängern.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Dass es Ihnen in Ihrem Antrag nicht um wirkliche Aufklärung geht und Ihr Antrag in dieser Sache absolut unzureichend ist, möchte ich Ihnen anhand von drei Punkten erläutern:

Erstens. Sie beweisen mit dem vorliegenden Antrag eindrucksvoll, dass Ihnen das Kompetenzgefüge der Institutionen völlig egal ist. Sie wollen den Bayerischen Obersten Rechnungshof mit der Aufklärung dieser Fragen beauftragen. Das ist nichts weiter als der Versuch, eine Bundesangelegenheit auf die Landesebene zu zerren. Für die Überprüfung von Subventionen des Bundes ist primär der Bundesrechnungshof zuständig. Dieser hat sich zur Sache bereits in einem noch nicht veröffentlichten Bericht geäußert. Sie wollen deshalb nun den Ihnen am nächsten greifbaren Rechnungshof zu Ihrem persönlichen Sonderermittler erklären. Das ist nicht nachvollziehbar. Ihre Forderung ist der Versuch, die Arbeit eines unabhängigen Aufsichtsorgans in unzulässiger Weise zu politisieren.

Zweitens. Bereits in der Überschrift Ihres Antrags setzen Sie einen klaren Tenor. Sie wollen Subventionsbetrug aufklären, obwohl Sie noch gar nicht wissen, ob es ihn gegeben hat. Sie verbinden Ihre Vorverurteilung mit einer Pauschalschelte für ein angeblich überökonomisiertes Gesundheitssystem. In Ihrem Weltbild ist immer gleich das ganze System korrupt und fehlgeleitet.

Drittens. Sie wollen klären, ob Einschränkungen des öffentlichen Lebens hätten milder ausfallen können, wenn es die von Ihnen vermuteten Manipulationen nicht gegeben hätte. Sie schütten damit wieder einmal ausreichend Wasser auf die Mühlen der Verschwörungstheoretiker, statt sachlich Politik zu betreiben. Wir als FDP-Fraktion sind dafür, über Fehlanreize, die im Rahmen der Corona-Pandemie aufgetreten sind, zu diskutieren. Wir sind dafür, Strukturschwächen, die diese Krise offengelegt hat, zu korrigieren. Wir sind dafür, politische Fehlleistungen der gewählten Regierungen zu analysieren und zu sanktionieren. Uns geht es um Aufklärung, Transparenz und wirtschaftlichen Einsatz unser aller Steuergelder, nicht wie Ihnen um Populismus. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der FDP)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen damit zur Abstimmung, die in namentlicher Form erfolgen soll. Wir werden sie in der bewährten Art und Weise durchführen. Bitte bleiben Sie an Ihren Plätzen. Die Offiziantinnen und Offizianten werden durch die Reihen gehen. Werfen Sie bitte Ihre Stimmkarten ein. Für die Abstimmung stehen vier Minuten zur Verfügung. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 18:24 bis 18:28 Uhr)

Haben alle Kolleginnen und Kollegen ihre Stimme abgegeben? – Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis der Abstimmung wird später bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "COVID-19-Subventionsbetrug in Kliniken lückenlos aufklären" auf Drucksache 18/16398 bekannt. Mit Ja haben 13 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 84 Abgeordnete. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 16.06.2021 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u. a. und Fraktion AfD; COVID-19-Subventionsbetrug in Kliniken lückenlos aufklären (Drucksache 18/16398)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Fackler Wolfgang		X	
Adje Benjamin				Dr. Faltermeier Hubert		X	
Aigner Ilse				Fehlner Martina			
Aiwanger Hubert				Fischbach Matthias		X	
Arnold Horst				Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
				Franke Anne			
Bachhuber Martin				Freller Karl			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Friedl Hans			
Bauer Volker				Friedl Patrick			
Baumgärtner Jürgen		X		Fuchs Barbara			
Prof. Dr. Bausback Winfried				Füracker Albert			
Bayerbach Markus							
Becher Johannes		X		Ganserer Tessa			
Becker Barbara				Gehring Thomas		X	
Beißwenger Eric		X		Gerlach Judith			
Bergmüller Franz	X			Gibis Max		X	
Blume Markus				Glauber Thorsten			
Böhm Martin	X			Gotthardt Tobias		X	
Bozoglu Cemal				Gottstein Eva			
Brandl Alfons		X		Graupner Richard	X		
Brannekämper Robert				Grob Alfred			
Brendel-Fischer Gudrun		X		Güller Harald		X	
von Brunn Florian				Guttenberger Petra		X	
Dr. Büchler Markus		X					
Busch Michael				Häusler Johann		X	
				Hagen Martin			
Celina Kerstin				Prof. Dr. Hahn Ingo	X		
Dr. Cyron Anne				Halbleib Volkmar		X	
				Hanisch Joachim		X	
Deisenhofer Maximilian				Hartmann Ludwig		X	
Demirel Gülseren		X		Hauber Wolfgang			
Dorow Alex				Haubrich Christina		X	
Dremel Holger				Henkel Uli			
Dünkel Norbert		X		Herold Hans			
Duin Albert		X		Dr. Herrmann Florian		X	
				Herrmann Joachim			
Ebner-Steiner Katrin				Dr. Herz Leopold			
Eck Gerhard				Dr. Heubisch Wolfgang		X	
Eibl Manfred		X		Hierneis Christian			
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hiersemann Alexandra			
Eisenreich Georg				Hintersberger Johannes			
Enders Susann		X		Högl Petra		X	
Enghuber Matthias		X		Hofmann Michael			
				Hold Alexander		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas			
Huml Melanie			
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			
Kaniber Michaela			
Karl Annette		X	
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian	X		
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Köhler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas			
Kühn Harald			
Kurz Susanne			
Ländner Manfred		X	
Lettenbauer Eva		X	
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand	X		
Mannes Gerd	X		
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth		X	
Muthmann Alexander		X	
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus	X		
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris			
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus		X	
Ritter Florian			
Rüth Berthold		X	
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred		X	
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan	X		
Schmid Josef			
Schmidt Gabi			
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela		X	
Sibler Bernd			
Siekmann Florian			
Singer Ulrich			
Skutella Christoph		X	
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula		X	
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik		X	
Stachowitz Diana		X	
Stadler Ralf	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus			
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Swoboda Raimund	X		
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter			
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit		X	
Winhart Andreas	X		
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	13	84	0